

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 23./X. Ratsperiode Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 07.11.2019, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses - Nr. 1.29

	<u>Seite</u>
1. Controllingbericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales für das 3. Quartal 2019 - Drucksache Nr. 1177 /X. -	3
2. Haushaltssatzung für das Jahr 2020	3 - 4
3. Quartiersentwicklung Interessenbekundung für ein Vorhaben im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) der Stiftung Anna-Stift - Drucksache Nr. 1178 /X. -	4
4. Konzept zur Unterbringung der der Stadt Kleve zugewiesenen Asylbewerber und Duldungsinhabern - Drucksache Nr. 1179 /X. -	4 - 5
5. Bericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales	5 - 6
6. Themenwünsche für das Jahr 2020	6
7. Mitteilungen	
a) Gleichstellungsbeauftragte	6
b) Mitteilung der Integrations- und Inklusionsbeauftragten	6
c) Treffen mit den Niederlanden	6
8. Anfragen	
a) Sensibilisierung zur Stärkung der Rechte von Frauen	7

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche 23./X. Ratsperiode Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve
am Donnerstag, dem 07.11.2019, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses - Nr. 1.29**

Unter dem Vorsitz der
Stadtverordneten Siebert, Susanne (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Döllekes, Fredi	SPD
Heyrichs, Michael	CDU
Hütz, Klaus-Werner	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Kanders, Angelika	CDU
Manfred, Maaßen	CDU
Merges, Carina	Unabhängige Klever
Ricken, Christa	SPD
Teigelkötter, Friedrich	CDU für Hiob, Georg

Sachkundigen Bürger:

Balli, Nuray	für Loosen, Iris
Boskamp, Maria	für Fischer, Heidi
Duenbostell, Helga	
Dußling, Jürgen	
Garisch, Siegbert	
Grundmann, Tobias	
Kauter, Lukas	
Lipp, van, Liesel	für Kanders, Josef
Schmidt, Anja	für Karow, Miriam

Nicht anwesend:

Bungert, Alexander	FDP
Fischer, Heidi	SPD
Hiob, Georg	CDU
Kanders, Josef	
Karow, Miriam	
Loosen, Iris	

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas
Gleichstellungsbeauftragte Tertiltte-Rübo
Oberverwaltungsrat Erps
Tariflich Beschäftigter Görtz
Tariflich Beschäftigter Hoymann
Tariflich Beschäftigte Lemm
Tariflich Beschäftigter Kunders als Schriftführer

Ausschussvorsitzende Siebert begrüßt die Anwesenden zur 23. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve. Sie stellt fest, dass zur anstehenden Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und weder zur Niederschrift der vergangenen Sitzung noch zur vorliegenden Tagesordnung Einwände bestehen.

1. **Controllingbericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales für das 3. Quartal 2019**
- Drucksache Nr. 1177 /X. -

Fachbereichsleiter Erps teilt den anwesenden Mitgliedern des Sozialausschusses mit, dass die sieben Produkte des Fachbereichs Arbeit und Soziales voraussichtlich planmäßig abgewickelt werden.

In diesem Zusammenhang teilt er den Anwesenden mit, dass der Landesgesetzgeber am 10.07.2019 mit dem Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes die gesetzlichen Voraussetzungen zur Weiterleitung der Integrationspauschale an die Kommunen geschaffen habe. Die Stadt Kleve erhalte insoweit eine Integrationspauschale in Höhe von 1,25 Millionen €, welche diese für integrative Zwecke für den Zeitraum 01.01.2019 bis 30.11.2020 einzusetzen habe. Ein angenommener Anteil von 49 % dieses Betrages diene darüber hinaus auch der Erstattung kommunaler Aufwendungen für geduldete Leistungsbezieher, welche über die Regularien des Flüchtlingsaufnahmegesetzes nicht erstattet würden.

Ergänzend zu den Ausführungen des Fachbereichsleiters Erps stellt Erster Beigeordneter Haas fest, dass es zwar aus seiner Sicht zu begrüßen sei, dass die Kommunen zur Unterstützung ihrer Integrationsarbeit aus dem Teilhabe- und Integrationsgesetz Leistungen erhalten. Seiner Ansicht nach sei jedoch hierdurch das Problem der fehlenden Erstattungspflicht des Landes geduldeter Leistungsfälle nicht behoben. Zudem sei in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass sich im nächsten Jahr eine deutliche Reduzierung der Erstattungsleistung nach der genannten gesetzlichen Bestimmung abzeichne. Ein großes Problem stelle für ihn die Tatsache dar, dass die sogenannte Finanz – und Sachverantwortung nicht in einer Hand liege und insoweit die Kommunen durch ausländerrechtliche Entscheidungen vor vollendete Tatsachen gestellt würden und die finanziellen Konsequenzen zu tragen hätten. Dieser Zustand sei für ihn unbefriedigend und biete zudem den Kommunen keine Planungssicherheit.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Controllingbericht zur Kenntnis.

2. **Haushaltssatzung für das Jahr 2020**

Im Rahmen einer PowerPoint Präsentation, die im Ratsportal bereits zur Verfügung steht, gibt Fachbereichsleiter Erps den Anwesenden einen Überblick über die finanziellen Eckdaten der Aufgabenwahrnehmung des Fachbereichs Arbeit und Soziales des nächsten Jahres.

Ergänzend zu den Ausführungen des Fachbereichsleiters stellt Erster Beigeordneter Haas für den Produktbereich 0504 fest, dass die Stadt Kleve im Bereich der Wohnsitzregelung anerkannter Flüchtlinge im Rahmen des § 12 a des Aufenthaltsgesetzes eine Quote in Höhe von 123 % erreicht habe. Die durchschnittliche Quote aller übrigen kreisangehörigen Gemeinden bewege sich mit ca. 56 % auf einem deutlich niedrigeren Niveau. Diese „Schieflage“ bedeute für den Bereich der Stadt Kleve eine Mehrbelastung

von 110 Personen mit allen entsprechenden Konsequenzen. Die Stadt Kleve habe in der Vergangenheit insoweit mehrmals, zuletzt mit Schreiben vom 18.10.2019 an die Bezirksregierung auf diesen Umstand hingewiesen. Eine entsprechende Reaktion stehe bislang jedoch aus. Erster Beigeordneter Haas stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die Stadt Kleve sich keinesfalls weigere ihren Verpflichtungen nachzukommen. Gleichwohl sei aus seiner Sicht darauf hinzuweisen, dass die vom Gesetzgeber beabsichtigte gerechte Verteilung anerkannter Asylbewerber durch die genannte gesetzliche Bestimmung als völlig unzureichend anzusehen sei.

Im Rahmen seiner Ausführungen zum Produktbereich 0506 – Einziehungsstelle – weist Fachbereichsleiter Erps die Anwesenden darauf hin, dass der Gesetzgeber die Überprüfung unterhaltspflichtiger Angehöriger im Rahmen der Gewährung von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz ab dem 01.07.2019 zwar den Finanzämtern übertragen habe. Allerdings gelte diese Neuregelung nur für künftige Leistungsfälle. Altfälle seien auch weiterhin durch die Einziehungsstelle des Fachbereichs Arbeit und Soziales abzuwickeln, sodass die Regelung noch keine personellen Konsequenzen nach sich ziehe.

Die Ausführungen des Fachbereichsleiters Erps ergänzend stellt auch Erster Beigeordneter Haas fest, dass er das Ansinnen des Gesetzgebers die Überprüfung unterhaltspflichtiger Angehöriger im Rahmen der Gewährung von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz den Finanzämtern zu übertragen als sinnvoll ansehe. Allerdings werde jetzt diese Aufgabenwahrnehmung zweigleisig durchgeführt. Der vom Gesetzgeber verfolgte Ansatz sei gut, die Umsetzung jedoch als eher mäßig anzusehen.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes dankt Ausschussvorsitzende Siebert Herrn Erps für seine Ausführungen.

3. **Quartiersentwicklung
Interessenbekundung für ein Vorhaben im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) der Stiftung Anna-Stift**
- Drucksache Nr. 1178 /X. -

Interessenbekundung für ein Vorhaben im Rahmen des europäischen Sozialfonds ESF der Stiftung Annastift – Drucksache Nummer 1178/X

Fachbereichsleiter Erps erläutert den Anwesenden den Inhalt der vorgenannten Drucksache.

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Kleve einstimmig, das Vorhaben der Stiftung Anna-Stift im Rahmen der Quartiersentwicklung zu unterstützen und vorbehaltlich einer Finanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds den kommunalen Eigenanteil der Stadt Kleve für die Jahre 2020 – 2022 zu finanzieren.

4. **Konzept zur Unterbringung der der Stadt Kleve zugewiesenen Asylbewerber und Duldungsinhabern**
- Drucksache Nr. 1179 /X. -

Ausschussvorsitzende Siebert teilt den Anwesenden mit, dass die Verwaltung ein umfangreiches Konzept für die Unterbringung von Asylbewerber und Duldungsinhabern

erstellt habe, welches im Folgenden den Anwesenden durch Fachbereichsleiter Erps näher erläutert werde.

Hierauf eingehend teilt Fachbereichsleiter Erps den Anwesenden mit, dass die Verwaltung beabsichtigt habe, mit dem vorliegenden Konzept gewisse Standards festzulegen und darüber hinaus freie Ressourcen abzubauen. Als Ergebnis der angestellten Überprüfungen im Rahmen der Erstellung dieses Konzeptes schlage letztendlich die Verwaltung vor, die Unterbringungseinrichtung Bahnhofplatz im Jahre 2020 zu schließen und den hier lebenden Personen geeignete Räumlichkeiten in der Unterbringungseinrichtung Braustraße zur Verfügung zu stellen. Hier seien jedoch zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität Umbaumaßnahmen notwendig. Beispielsweise seien die hier vorhandenen großen Klassenräume durch geeignete Umbaumaßnahmen in kleinere Einheiten aufzuteilen um die Wohnqualität zu steigern. Zur Schaffung einer sogenannten Ruhezone und Durchführung von Integrationskursen, seien geeignete Räumlichkeiten zu schaffen bzw. umzubauen.

Den Ausführungen des Fachbereichsleiters Erps beipflichtend, stellt Ausschussvorsitzende Siebert fest, dass dieses Konzept gute bereits erreichte Standards abbilde. Es sei erfreulich, dass Kleve nach wie vor an einer dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern festhalte.

Eingehend auf eine entsprechende Frage der Stadtverordneten Ricken antwortet Erster Beigeordneter Haas, dass der Umfang etwaiger Rückbaumaßnahmen der Unterbringungseinrichtung Bahnhofplatz sich an den Vorgaben des abgeschlossenen Mietvertrages orientieren werde. Die Stadt Kleve werde eine entsprechende Einigung mit dem Vermieter herbeiführen. Um eine Optimierung der Ressourcen zu gewährleisten, sei die Aufgabe dieses Standortes notwendig. Er lege jedoch Wert auf die Feststellung, dass auch nach Aufgabe dieser Unterbringungsmöglichkeit dieser Einrichtung die Stadt Kleve in der Lage sei, auf eine Steigerung von Zuweisungszahlen schnell und angemessen zu reagieren.

Auf eine entsprechende Frage des Sachkundigen Bürgers Garisch eingehend, stellt Erster Beigeordneter Haas fest, dass die Verwaltung sehr wohl im Rahmen dieses Konzeptes Alternativvorschläge erarbeitet habe. Letztendlich sei jedoch die Verwaltung der Ansicht, dass der Alternativvorschlag 3.2.1 die optimale Lösung darstelle.

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Kleve einstimmig bei einer Enthaltung die Umsetzung des vorliegenden Konzeptes einschließlich der finanziellen Konsequenzen.

5. **Bericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales**

Fachbereichsleiter Erps gibt den Anwesenden im Rahmen einer PowerPoint Präsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, einen Überblick über die Aufgabenwahrnehmung des Fachbereichs Arbeit und Soziales. Im Speziellen geht er auf die Tätigkeitsbereiche

- SGB XII – Umsetzungsstand zum Bundesteilhabegesetz
- SGB II Entwicklung Fokus Arbeit
- Wohngeldreform zum 01.01.2020

ein.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes dankt Ausschussvorsitzende Siebert dem Fachbereich Arbeit und Soziales für die geleistete Arbeit des ablaufenden Jahres.

6. **Themenwünsche für das Jahr 2020**

Ausschussvorsitzende Siebert fordert die Anwesenden auf geeignete Themenvorschläge für das Jahr 2020 zu untermalen.

Hierzu äußert Stadtverordnete Kanders folgende Themenvorschläge

- a) Mobilität im ländlichen Bereich
- b) ärztliche Versorgung – unter Berücksichtigung der Altersstruktur
- c) Erstellung eines Infoflyers für pflegende Angehörige
- d) Vorstellung von caritativen Vereinen und Verbänden mit etwaigen Besichtigungsterminen
- e) Erarbeitung von Schnittstellen in der Aufgabenwahrnehmung von Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss und Generationenbeirat vor dem Hintergrund der Quartiersentwicklung.

Ausschussvorsitzende Siebert wünscht eine Erörterung der Situation der Frauen in Kleve sowie der Wohnsituation und Integration von Leiharbeitnehmern.

7. **Mitteilungen**

- a) Gleichstellungsbeauftragte

Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo gibt den Anwesenden einen umfangreichen Überblick über ihre Aktivitäten der vergangenen Monate.

- b) Mitteilung der Integrations- und Inklusionsbeauftragten

Frau Lemm teilt den Anwesenden mit, dass sie beabsichtige, in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses über die konzeptionelle Ausrichtung ihrer Arbeit sowie ihrer Aktivitäten seit der Arbeitsaufnahme zu berichten.

- c) Treffen mit den Niederlanden

Ausschussvorsitzende Siebert berichtet den Anwesenden über den Erfahrungsaustausch des Integrationsrates mit der Stadt Nimwegen und regt an, die entsprechenden Ergebnisse in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses vorzustellen.

8. Anfragen

a) Sensibilisierung zur Stärkung der Rechte von Frauen

Sachkundiger Bürger Garisch, stellt die Frage, welche Maßnahmen die Gleichstellungsbeauftragte beabsichtige, um Männer hinsichtlich der Stärkung der Rechte von Frauen zu sensibilisieren.

Hierzu schlägt Ausschussvorsitzende Siebert vor, diese Thematik ebenfalls der Vorschlagsliste den Themenwünschen 2020 beizufügen.

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

(Siebert)
Vorsitzende

(Kunders)
Schriftführer